

Israels Ein-Staat-Realität sät Chaos in der amerikanischen Politik

Joshua Leifer, 972mag.com

Bis sich US-Abgeordnete und wichtige jüdische Organisationen auf die derzeitige Einstaat-Wirklichkeit einstellen, wird sich die Schärfe, die die vergangenen paar Jahre unter Netanyahu und Trump bezeichnet hat, nur intensivieren.

Jahrzehntlang war die Zweistaatenlösung der zentrale Pfeiler des „Zweistaaten pro-Israel Konsenses“ in Washington. Seit der Unterzeichnung des Oslo-Abkommens hat sich jede einzelne US-Administration wenigstens nominell auf die Einrichtung eines palästinensischen Staates an der Seite von Israel verpflichtet.

Amerikanische Juden, die von der wachsenden weißen nationalistischen Gewalt zuhause bedroht werden, sehen sich der schmerzlichen Realität gegenüber, dass Israel, weit davon entfernt, eine Zuflucht – oder „das Licht unter den Nationen“ - zu sein, etwas viel gewöhnlicheres ist – ein gewalttätiger, undemokratischer Staat

Aber das Ablaufen des Zweistaaten-Paradigmas unter Premierminister Netanyahu und das Nicht-Vorhandensein einer klaren Alternative an seiner Stelle hat diesen Pfeiler weggeschlagen und dabei die Politik von Israel-Palästina in den Vereinigten Staaten in Unordnung gebracht. Bis Amerikas Entscheidungsmacher sich an die laufende „Einstaat“-Wirklichkeit anpassen, werden sich die Schärfe, das Chaos und die Spaltung, die die vergangenen Jahre markiert haben, nur intensivieren.

Ohne den Vorwand eines Friedensprozesses verfolgt die Trump-Administration eine Post-Zweistaaten-Agenda mit vorherrschend drakonischen Maßnahmen gegen sehr wichtige palästinensische Institutionen von der Schließung des PLO-Büros in Washington, bis zur Kürzung der Finanzierung der UNRWA.

Heute wird die Mittelost-Politik der Administration von rechtslastigen pro-Siedlungsbeamten gemacht und Trumps „Deal of the Century“, wenn er je umgesetzt wird, ist sicher ein Geschenk an die israelische territorial-maximalistische Rechte und wird sicher keinen palästinensischen Staat inkludieren. Diese Verschiebungen passen genau zusammen mit Israels Annexionspolitik vor Ort in den okkupierten Gebieten.

Politikern der USA und den größeren, von Juden geleiteten Organisationen, die sich mit Israel/Palästina befassen, ist es bis jetzt nicht gelungen, eine Antwort zu finden. Fast alle halten sich verpflichtend an die Zweistaaten-Lösung trotz der klaren Intentionen von den Administrationen sowohl von Trump wie auch von Netanyahu, diese ein- für allemal zu begraben. Und so überwiegen in der Kluft zwischen ihren geäußerten Positionen und der Realität vor Ort Verwirrung, Absicherungen und Halbheiten.

Liberales zionistisches Organisationen wie J Street und der „Neue Israel Fonds“ versuchen den schwierigen unwirksamen Tanz, nach außen hin die BDS-Bewegung zu bekämpfen während sie zugleich Maßnahmen bekämpfen, die versuchen, Boykotts von Seiten Israels zu ächten. **Anhänger von AIPAC im Kongress haben versucht, die Unterstützung für die Zweistaaten-Lösung aufzuwerten, nur um von israelischen Mitgliedern der Knesset abgewiesen zu werden, darunter einigen hochrangigen Mitgliedern von Netanyahus Likud-Partei, die einen palästinensischen Staat „viel gefährlicher“ nannten als BDS.**

Das Ergebnis war eine Verteufelung des Zweistaaten-pro-Israel Konsenses – einem untoten Konsens, der in den Hallen des Kongresses herumliegt, und der nicht nur nicht länger mit der politischen Realität in Israel/Palästina übereinstimmt, aber auch nicht länger wiedergibt, was viele gewöhnliche amerikanische Wähler tatsächlich glauben. In der Tat, während man von Kongressmitgliedern erwartet, dass sie überwiegend zu Gunsten von Israel über die Zweistaatenlinie wählen, ist unter dem breiten Wählerpotential die Zweistaaten-Unterstützung für Israel zusammengebrochen.

Eine weit verbreitete Volksbefragung von 2018 fand heraus, dass nur 27 % der Demokraten mehr mit Israel sympathisieren als mit den Palästinensern, während 79 % der Republikaner mehr mit Israel sympathisieren. Unter jungen Leuten ist die Unterstützung für Israel noch geringer. Die Regierungsspalte 2018 in der Zeitschrift „Economist“ (Economist/YouGov poll) fand, dass nur ein Viertel der Befragten zwischen 18 und 29 Jahren Israel als Alliierten betrachten.

Darüber hinaus finden Abstimmungen aus der letzten Zeit heraus, dass bei aktuellen Themen von BDS und den Ein- oder Zweistaatenlösungen Politiker aus den USA noch mehr außer Tritt mit der Öffentlichkeit geraten sind als üblicherweise angenommen. Eine Umfrage an der Universität von Maryland 2018 hat ergeben, dass es bei der Mehrheit der Amerikaner keine Unterstützung für die Zweistaatenlösung gibt. Das Ergebnis der Umfrage berichtete auch, dass ...wenn die Zweistaaten-Lösung aufhören würde, machbar zu sein, 64 % der Amerikaner Demokratie für Israel wählen würden, auch wenn das bedeutet, dass Israel aufhören würde, politisch ein jüdischer Staat zu sein, über das Jüdischsein von Israel hinaus, auch wenn letzteres bedeutet, dass Palästinenser nicht ganz die gleichen Rechte hätten.“ Und während wenige Amerikaner Genaueres über die BDS-Bewegung gehört haben, unterstützen 40 % der Amerikaner – und eine Mehrheit der Demokraten – Sanktionen auf Israel, wenn es mit seiner Ausdehnung der Siedlungen fortfährt.

Ein gewöhnliches Land

Wenn ein solches Auseinanderdriften zwischen gewählten Vertretern und den Menschen, die sie zu vertreten haben, existiert, ist eine neue Ausrichtung an der Ordnung – und Neuausrichtungen können oft schmutzige, bittere Angelegenheiten sein. Der Neuentwurf von politischem Terrain erfordert Polarisierung, und das ist genau das, was zurzeit zwischen Demokraten und Republikanern und unter Demokraten selbst im Gange ist.

Wir sehen bereits, wie eine Koalition evangelikaler christlicher Zionisten und rechtslastiger orthodoxer Juden die GOP (Grand Old Party) in die Partei eines undemokratischen jüdischen Staates zwischen dem Fluss Jordan und dem Mittelmeer verwandelt hat. Im Gegenteil dazu waren die Demokraten,

besonders die Führung der Partei, außergewöhnlich resistent für eine Veränderung und halten an dem sterbenden Zweistaaten-Paradigma fest.

Trotzdem haben die Demokraten reichlich Raum, ihre Ansichten mit Blick auf die Realität am Boden neu auszurichten, und wenig kann gewonnen werden, wenn man an der veralteten Position festhält, die ihre Unterstützung im Volk verloren hat. **Die einzigen Unterstützerinnen von BDS im Kongress, die Repräsentantinnen Ilhan Omar und Rashida Tlaib, haben Aufmerksamkeit gewonnen nicht nur, weil Trump sie angegriffen hat, sondern weil ein beträchtlicher Anteil der Demokraten mit ihnen sympathisieren, wenn nicht sogar ihre Ansichten teilen.**

Demokratische Politiker mit ihrer Basis auf Reihe zu bringen wird wahrscheinlich bittere anfängliche Herausforderungen und gegenseitige Vernichtungsschläge der Arten erfordern, die wir bereits gesehen haben. Es ist wert zu beachten, dass viele FührerInnen der Partei – Nancy Pelosi, Steny Hoyer und andere – sich früheren Opponenten gegenüberstellen, deren Plattformen über Israel/Palästina viel mehr linkslastige Positionen einnehmen.

Neuausrichtungen geschehen natürlich nicht über Nacht. Im Falle von Südafrika gingen drei Jahrzehnte vorüber zwischen den ersten großen Forderungen, das Apartheid-Regime zu boykottieren und der Annahme des „Umfassenden Anti-Apartheid-Gesetzes“ („Comprehensive Anti-Apartheid Act“) 1986 im Kongress – über den Kopf des Vetos von Ronald Reagan.

Im Falle von Israel/Palästina könnte eine Neuausrichtung mindestens so lang wenn nicht länger dauern. Die israelische Regierung hat vor langer Zeit ihre Strategie für Öffentlichkeitsarbeit für die Post-Zweistaaten-Realität festgesetzt und riesige Summen Geldes eingesetzt, um Widerstand gegen die BDS-Bewegung zu leisten (trotz deren relativer Marginalität) und sie zu bekämpfen, wozu Israel nicht legitimiert ist. Heute ist das aktivste Anliegen des israelischen *Hasbara*-Apparats die angestrebte Neudefinierung von „Antizionismus“ als Antisemitismus mit dem Ziel, jede Opposition zu Okkupation und zu Zionismus – oder eben einfach der israelischer Praktiken an sich – über die Grenze des vom Mainstream hinaus Annehmbare zu verschieben. Was das bedeutet, ist, dass die Unstimmigkeit, die die letzten paar Monate der US-Politik charakterisiert hat – von Israels Einreiseverbot für die Repräsentantinnen Omar und Tlaib bis zu Trumps Anklage gegen die Disloyalität der übergroßen Mehrheit amerikanischer Juden – nicht nur in der vorhersehbaren Zukunft weitergehen, sondern wahrscheinlich auch schlimmer werden wird.

Die Anhänger der „Einstaat“-Idee in der Republikanischen Partei in Übereinstimmung mit der rechtslastigen israelischen Regierung werden weiterhin falsche Beschuldigungen mit Antisemitismus gegen die Kritiker der israelischen Politik schmieden und gleichzeitig Allianzen mit tatsächlich antisemitischen christlichen Zionisten in den USA und der Ultrarechten in Übersee. Amerikanische Juden, die von der wachsenden weißen nationalistischen Gewalt zuhause bedroht werden, sehen sich der schmerzlichen Realität gegenüber, dass Israel, weit davon entfernt, eine Zuflucht – oder „das Licht unter den Nationen“ - zu sein, etwas viel gewöhnlicheres ist – ein gewalttätiger, undemokratischer Staat.

26.08.19

Quelle: <https://972mag.com/one-state-israel-trump-netanyahu/143055/>

Übersetzung: Gerhilde Merz, für Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de